

Kommission lehnt Kreditantrag wahrscheinlich ab

Transitplatz Gestern hat die vorberatende Kommission des Grossen Rates über den geplanten Transitplatz für Fahrende in Meinisberg diskutiert. Alles deutet darauf hin, dass ihre Empfehlung auf «zurückweisen und neu überarbeiten» lauten wird.

Brigitte Jeckelmann

Viel zu teuer, Standort ungeeignet. Das ist der Tenor, wenn man Politiker um ihre Meinung fragt. Der geplante Transitplatz für Fahrende in Meinisberg hat gestern die Grossräte der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission des bernischen Grossen Rates beschäftigt. Sie geben ihre Empfehlung ab für die kommende Session des bernischen Grossen Rates im September. Dieser wird über den Kreditantrag von zehn Millionen für das Projekt entscheiden.

Zwei Tage zuvor, am Dienstag, hatten sich einige Grossräte, unter anderen Mitglieder dieser Kommission, mit Vertretern von Gemeinden getroffen, die Erfahrungen mit Fahrenden gemacht haben. Anwesend waren die Gemeindepräsidenten von Studen, Aegerten, Orpund, Gampelen und Erlach. Während man in Erlach über keine nennenswerten Probleme mit Fahrenden berichten kann, hat Aegerten bisher eher schlechte Erfahrungen gemacht. Gemeindepräsident Stephan Krattiger (SP): «Wir erleben das Verhandeln mit Fahrenden als aufwändig und schwierig.»

Das Fazit des Austauschs: Allen ist klar, dass es einen Transitplatz braucht. Aber nicht in dieser Form, wie er jetzt im Projekt vorliegt, das Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) erarbeitet hat.

Unvernünftig und überrissen

Die Politiker gebrauchten klare Worte und sparten nicht mit Vorwürfen an die Adresse der Regierung (siehe Interview). Grossrat Willy Marti, SVP Kallnach: «Ich bin sicher dagegen. Das ist komplett unvernünftig.» Marianne Schenk, BDP Schüpfen: «Meiner Meinung nach hat der Kanton zu wenig geprüft, wo noch geeignete Standorte wären.» Und Matthias Müller, SVP Orvin: «Der Kredit ist überrissen und muss bachab geschickt werden.» Daphné Rüfenacht, Grüne Biel, findet die Kos-



Fahrende brauchen dringend einen Standort im Seeland. Derzeit hat sich eine Gruppe Fahrender mit über 100 Wohnwagen auf einer Wiese in Radelfingen versammelt.

Tanja Lander

ten «erschreckend hoch». Die Grossräte sind aber dafür, den ausländischen Fahrenden einen Platz zur Verfügung zu stellen, wo sie sich getrennt von den schweizerischen Fahrenden aufhalten können.

Denn lediglich das bestehende Projekt zu versenken, da sind sich alle einig, würde das Problem nicht beseitigen. Diese Meinung vertritt auch Peter Moser, FDP Biel. Er ist der Ansicht, dass «der Druck auf einzelne Gemeinden sogar grösser werden könnte». Für Moser ist deshalb klar: «Meines Erachtens muss es eine Rückweisung mit Auflagen wie zum Beispiel anderer Ort, markant tiefere Kosten, provisorischer Standort sowie ein Sicherheitskonzept geben.» Daphné Rüfenacht möchte, dass Christoph Neuhaus nochmals beim Bund für eine finanzielle Unterstützung anklopft, wie er das kürzlich schon erfolglos getan hat. Rüfenacht: «Der Bund zahlt vorerst nichts, dass wissen wir», sagt sie. Der Kanton solle nochmals versuchen, «den Bund in die Pflicht zu nehmen».

Internet-Verlängerung

www.bielertagblatt.ch/fahrende

«Einmal aber ist fertig, wir wollen keinen Monsterplatz»

Regierungsrat Christoph Neuhaus, für Ihren Kreditantrag im Grossen Rat sieht es schlecht aus. Kritiker führen die Kosten von zehn Millionen Franken sowie den ungeeigneten Standort als Gründe ins Feld. Was entgegnen Sie darauf?

Christoph Neuhaus: Wenn der Grosse Rat nicht will, dass der Kanton so einen Platz erstellt, dann werden sich die Gemeinden weiter mit Fahrenden rumschlagen müssen. Der Kanton hat dann seinen Auftrag erfüllt und primär werden die Gemeinden selber nach einem möglichen Platz suchen und diesen realisieren müssen.

Wären keine anderen Lösungsansätze für Sie denkbar?

In nützlicher Frist: nein. Der Kanton hilft der Region, ein Problem zu lösen, macht quasi ein Angebot und ich mache mich unbeliebt. Der Kanton Aargau beweist mit seinem Platz für ausländische Fahrende, dass man diese Problematik so weitgehend in den Griff bekommt.

Der Platz in Meinisberg ist für 40 Fahrzeuge gedacht. Die ausländischen Fahrenden kommen meistens in grossen Gruppen von gegen 100 Fahrzeugen. Aktuelles Beispiel ist Radelfingen mit sogar über 100 Wohnwagen. Wäre unter diesem Aspekt der Platz in Meinisberg

nicht ohnehin zu klein und somit nutzlos?

Wenn man die 40 Fahrzeuge etwas enger zusammenstellt, kann man gar 50 oder 60 platzieren. Einmal aber ist fertig. Wir wollen nicht einen Monsterplatz realisieren und alle Gespanne aufnehmen, die im Grossraum Waadt, Freiburg, Neuenburg, Bern und Solothurn unterwegs sind. Andere Kantone haben auch ihre Hausaufgaben zu machen. Wenn der Platz voll ist, müssen die überzähligen Fahrenden weiter und den Kanton verlassen.

Wäre ein Provisorium keine Alternative?

Dort, wo wir nicht sicher sind, ob es den Platz wirklich braucht, wie

zum Beispiel im Emmental oder in Matten bei Interlaken, betreiben wir provisorische Plätze. Wenn man aber weiss, dass in Brugg die Behörde im Jahr 2015 über zehnmal wegen Fahrenden ausrücken musste, wenn man sieht, dass sich in den letzten Monaten Fahrende in Gemeinden wie Laupen, Radelfingen und Studen aufhielten, dann überrascht es mich, wenn behauptet wird, einen solchen Platz brauche es nicht. Zudem kosten Provisorien ebenfalls.

Manche Grossräte haben den Eindruck, Sie hätten nicht allzu intensiv nach möglichen Standorten gesucht.

Der Kanton hat während eines

Jahres fast 4500 Grundstücke geprüft.

Man ist auch der Ansicht, dass zu wenig verschiedene Varianten geprüft worden sind.

Der Aufwand für den jetzt präsentierten Kredit war sehr gross. Das zuständige Bundesamt hat uns geschrieben, man könne so einen Platz in Meinisberg realisieren. Der Regierungsrat will dem Seeland den Platz in keinstrengster Weise aufzwingen. Braucht es ihn nicht, stellen wir sofort alle Arbeiten ein. Aus fachlicher Sicht braucht es zwar den Platz. Politisch dürfen aber alle, die wollen, ruhig nein sagen. Dann kann ich diese Aufgabe ad acta legen. Interview: bjg

Mit dem Velo zweimal um die Welt

Biel 20 Unternehmen in der Region haben an der Aktion «bike to work» teilgenommen. Die Teilnehmer sind insgesamt über 80 000 Kilometer geradelt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 20 Unternehmen in der Bieler Agglomeration haben dieses Jahr im Mai und im Juni bewusst ihren Arbeitsweg mit dem Fahrrad zurückgelegt. Die Aktion heisst «bike to work», sie wird jährlich von Pro Velo Schweiz durchgeführt. Das Ziel ist die Förderung des Velofahrens im Betrieb. In Biel, Brugg, Ipsach und Port – es sind dies die Mitgliedergemeinden der Initiative Mobiclick – sind 460 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in 124 Teams insgesamt mehr als zweimal um die Erde geradelt. Gesamthaft haben sie 89 192 Kilometer zurückgelegt, wie Mobiclick mitteilte.

Die Preise werden in zwei Kategorien verliehen. Zum einen werden jene Betriebe geehrt, deren Teilnehmer im Durchschnitt am meisten Kilometer gefahren sind.

Sieger in dieser Kategorie wurde DT Swiss – die Firma stellt Velokomponenten her, die Affinität der Mitarbeiter zum Velo kommt also nicht von ungefähr.

Zum andern werden jene Firmen geehrt, die im Verhältnis zu den Gesamtarbeitsplätzen am meisten Teilnehmer stellen. Hier war Betreutes Wohnen zum Sodbrunne in Brugg zuoberst auf dem Podest. Die Gewinnerteams er-

hielten am Mittwoch im Bieler Restaurant Rotonde ihre Preise in Form von diversen Gutscheinen, Bike-Zubehör oder Veloweg-Karten. Dabei waren der Bieler Stadtpräsident Erich Fehr sowie Stefan Krattiger anwesend, der Präsident der Konferenz Agglomeration Biel und Gemeindepräsident von Aegerten.

Die Aktion «bike to work» ist in der ganzen Schweiz populär. In

diesem Jahr haben 53 922 Personen teilgenommen und dabei über 10,25 Millionen Kilometer zurückgelegt. Simon Kellenberger von der Geschäftsstelle Mobiclick betont, dass alle teilnehmenden Betriebe gewonnen hätten. Ihre Mitarbeiter seien weniger häufig krank, und das Velofahren komme die Firmen auch dank des Einsparens von Parkplätzen günstiger. mt/tg



Preisübergabe: Barbara Kissling von der JAG Jakob AG wird von Stefan Krattiger geehrt. Reto Probst

Die Gewinner

Die meisten **Kilometer pro Mitarbeiter:**

1. DT Swiss AG, Biel (257,38 km)
2. Foyer Schöni, Biel (233,25 km)
3. JAG Jakob AG, Brugg (231,58 km)

Die meisten **Teilnehmer pro Betrieb:**

1. Betreutes Wohnen zum Sodbrunne, Brugg (67 Prozent aller Mitarbeiter)
2. MB2 Immobilien AG, Biel (57 Prozent)
3. Gemeindeverwaltung Brugg (35 Prozent) mt/tg

Bildungskommission unterstützt Rettungsgrabungen

Archäologie Der Grosse Rat soll den Krediten für Grabungen in Nidau und Kallnach zustimmen. Das empfiehlt seine Bildungskommission.

Die Mehrheit der Bildungskommission beantragt dem Grossen Rat, den beiden Krediten für archäologische Rettungsgrabungen in Biel/Nidau und Kallnach zuzustimmen. Dies teilte der Kanton Bern gestern mit. Gemäss Artikel 24 des Denkmalpflegegesetzes ist die Sicherung der archäologischen Funde Voraussetzung dafür, dass die Überbauungsordnung genehmigt und somit das Projekt «Agglolac» in Biel/Nidau umgesetzt werden kann und der Kiesabbau in Kallnach möglich wird.

Mit 9 zu 2 Stimmen und 4 Enthaltungen unterstützt die Kommission den Rahmenkredit 2019 bis 2034 von 15,5 Millionen Franken für archäologische Rettungsgrabungen im Zusammenhang mit

dem Bau des neuen Quartiers «Agglolac» in Biel/Nidau. Im Gebiet der geplanten Siedlung stiess der Archäologische Dienst des Kantons Bern bei Sondierungen auf Pfahlbauten ausserordentlicher Güte, die mit dem Unesco-Welterbe «Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen» assoziiert sind.

Umstrittener war das Projekt in Kallnach: Mit 7 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen spricht sich die Bildungskommission für den Rahmenkredit 2017 bis 2028 von insgesamt 15,17 Millionen Franken für archäologische Rettungsgrabungen im Challnechwald in Kallnach aus. Hier soll künftig Kies abgebaut werden. Der Standort liegt jedoch in einem archäologischen Schutzgebiet mit einer Gruppe von keltischen Grabbügeln, die schweizweit zu den grössten dieser Art gehören.

Die Kommissionsmehrheit erachtet den Entscheid, im Challnechwald Kies abzubauen, als sinnvollen Kompromiss. Mit den Rettungsgrabungen würden die Grabbügel zwar zerstört, aber dokumentiert und ausgewertet. mt